

Die Berliner Volks-Zeitung erscheint täglich... Abonnementpreis für Berlin: 75 Pf. monatlich...

Berliner Volks-Zeitung mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt Abend-Ausgabe

Mittwoch, 20. Mai 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 W. Stellenangebote und Gelde... Haupt-Expedition: SW. Jerusalemstr. 46/49.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W. Verlags-Druck: Rudolf-Mosse, Berlin SW.

Anders als sonst in Menschenköpfen

malt sich in dem Kopfe mancher Nichter die Welt. So ist es vor einiger Zeit in Berlin vorgekommen, daß der Vorsitzende einer Etschaffenung, als es sich um einen Verhörsprozeß handelte, der Meinung Ausdruck gab: Wohlthätige Mißgriffe brauchen nicht in der Presse erwähnt zu werden.

In dieser Ansicht spricht sich eine so ersichtliche Verkennung des Wesens der Bureaukratie einerseits und der Bedeutung der Presse andererseits aus, daß man sich fragen muß: Wie ist es so etwas im Zeitalter der Publizität möglich? Es ist geradezu Gemeingut geworden, daß ein Zeitungsartikel oft mehr nicht als 100 Bekohwerden...

Dennoch ist jener Berliner Staatsanwaltschaftsbeamte mit seiner Auffassung, die Presse werde zugunsten des Beschuldigten anzufragen, seine vereinzelt Erscheinung geblieben. Seine Ansicht hat in einer Etschaffenung ein Echo gefunden.

Vom dortigen Landgericht waren am 26. Februar d. J. der Rechtschmied Albert Fingler und der Arbeiter Bobzies wegen Verleumdung zweier Polizeiergenten zu Geldstrafen, wegen deselben Deliktes war der Redakteur der Freien Presse, Oskar Hofmann in Etschaffenung zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt worden.

Das Landgericht gab zu, daß der Redakteur, als Einwohner der Provinz, Verleumdung Interveniren habe wahrnehmen können; es billigte ihm den Schutz des 199. oder nicht zu, weil er den Weg der Veröffentlichung gewählt hätte.

Es war gut, daß der angeklagte Redakteur das Urteil und diese eigenartige Begründung der Verurteilung des Schutzes des 199 nicht ruhig hinnehmen, vielmehr das Reichsgericht in die Lage versetzte, zu dem Fall Stellung zu nehmen.

Das Reichsgericht hat dies getan. Es wird uns darüber als Leizig berichtet: Die Revision des Redakteurs wurde vom Reichsanwalt für Etschaffenung erklärt. Der Redakteur habe nicht mehr Rechte als jeder andere Staatsbürger, der die Veröffentlichung eines Urteils anstreben will, oder er habe

auch nicht weniger Rechte. Das Landgericht scheint aber dieser Ansicht zu sein. In den Urteilsgründen heißt es: Dem Angeklagten S. standen an demselben Wege offen, insbesondere die direkte Veröffentlichung in der Presse zur Verfügung zu stehen.

Das Reichsgericht habe in früheren Entscheidungen ausgeprochen, daß niemand auf die Wahl eines Weges zur Veröffentlichung seiner berechtigten Interessen beschränkt sei. Wenn nun ein Redakteur den für ihn am nächsten liegenden Weg der Veröffentlichung in der Zeitung wählte, so dürfe man daran nicht etwas anderes einen Unfand finden, der die Veröffentlichung in der Presse als geeignet zu erachten.

Es bleibt natürlich jedem unbenommen, nach wie vor den Weg der Beschwerde zu wählen, wenn er sich in seinen staatsbürgerlichen Rechten verletzt fühlt. Aber ebenso unbenommen bleibt es, wie das Reichsgericht den Etschaffenungen mit dem Gedächtnis zurückzuführen hat, jedem, dem Weg der öffentlichen Kritik zu wählen, wenn ihm dieser zweckmäßiger erscheint und wenn er vor allem schneller zum Ziele zu führen vermag. Und zwar hat dies Recht nicht bloß jeder Redakteur, weil das „für ihn am nächsten liegt“, sondern auch jeder andere Bürger. Denn, um den Satz des Reichsgerichts zu variieren: Kein Staatsbürger hat mehr Rechte als ein Redakteur, aber auch nicht weniger.

Die unabhängige Presse aber wird nach wie vor das Amt des „öffentlichen Gewissens“ ausüben, ganz gleich, ob ihr dies Recht vereinzelte Richter aberkennen oder nicht.

König Edwards Auslandsreise. Wie Londoner Blätter berichten, wird König Edward von England in nächster Zeit dem russischen Kaiserthum einen Besuch abstatten. Der König bezieht sich von Petersburg aus auf den Weg der künftigen Fahrt nach Petersburg und wird dort eine Woche verweilen.

New-York, 19. Mai. Die demokratische Staatenkonvention von Alabama und Kalifornien hat sich für die Präsidentschaftskandidatur Bryan erklärt.

Der Kaiser und Schütz.

Zur „Schütz-Affäre“ wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: Neben der eigentlichen Ursache des Streites zwischen dem Grafen Gory in Schütz und der dortigen Bürgerwehr kann ich Ihnen folgendes mitteilen: Der Deutsche Kaiser weiß bekanntlich seit jedes Jahr einige Tage zur Jagd bei dem Grafen Gory in Schütz. Um seinem hohen Gaste einen möglichst zahlreichen Wildstand bieten zu können, wird das Wild sehr gehont und dies ist die Hauptursache des Streites. Durch das jährlich ankommende Wild von dem Grafen Gory besuchten wird, wenn der Herr Graf nun einmal auf die Ehre hat, fast jedes Jahr den Deutschen Kaiser als Jagdgast bei sich zu sehen, so muß er auch die Bagatelle von einigen hundert Mark zur Ausgleichung des Wildschadens opfern.

Der Kaiser

ist aus Wiesbaden heute vormittag um 11 1/2 Uhr in Berlin zu kurzen Aufenthalten eingetroffen. Die Kaiserin reiste heute früh von Wiesbaden nach Bonn ab. Das Kronprinzenpaar ist heute früh aus Oshprehen in Potsdam eingetroffen.

Die Nordlandreise des Kaisers

wird, wie uns aus Kiel geschrieben wird, in diesem Jahre nach den bisherigen Dispositionen vom 5. Juli bis zum 4. August dauern. Als Ausgangspunkt der Fahrt ist im Anschluß an die Regatten der „Kaiser-Woche“ Travemünde, als Endpunkt Swinemünde in Aussicht genommen. Als Begleitflotte ist der kleine Kreuzer „Münsterberg“ in Aussicht genommen.

Das Schicksal der National-Zeitung.

Herr Kronsbain berichtet.

Durch unsere gestrige Notiz über das Schicksal der „National-Zeitung“ haben wir Herrn Kronsbain mobil gemacht. Der Chefredakteur der „Post“ hat ein Schriftstück verfaßt, das er für eine Verichtigung im Sinne des § 11 des Verleumdungsgesetzes hält, auf den er sich gegen in einem Begleitflotte an uns ausdrücklich bezieht. Freilich entspricht keine „Verichtigung“ nicht einmal in der Form den Ansprüchen des Verleumdungsgesetzes, so daß wir schon aus diesem Grunde das Kronsbain'sche Schriftstück unserem Papierwerke unvertanzen konnten. Aber um Herrn Kronsbain die Arbeit einer Umarbeitung seiner Einwendung zu erleichtern, wollen wir Herrn Kronsbain'sches erfüllen und seine vermeintliche „Verichtigung“ wiedergeben:

Das Schicksal der „Nationalzeitung“.

Unter dieser Ueberschrift sind in der gestrigen Abendnummer der „Berliner Volkszeitung“ Mitteilungen, die der Verichtigung bedürfen, wiedergegeben worden. Ich stelle gegenüber jenen falschen Behauptungen hierdurch folgendes fest:

- 1. Es ist unvahr, daß das Schicksal der „Nationalzeitung“ sich erst nach Beendigung des Landtagswahlkampfes entschieden wird, und daß Herr Bartling die Sache bis dahin hinzuziehen laßt. Herr Bartling hat sich bereits definitiv entschieden.
2. Es ist unvahr, daß eine Ueberführung der „Nationalzeitung“ in das konservativere Lager geplant ist. Die politische Richtung der „Nationalzeitung“ wird dieselbe bleiben, wie bisher.
3. Es ist unvahr, daß der Chefredakteur der „Post“ Geschäftsführer und redaktioneller Leiter auch der „Nationalzeitung“ werden soll. Die „Nationalzeitung“ wird einen eigenen Chefredakteur und einen, eigenen Geschäftsführer erhalten.
4. Es ist unvahr, daß der Chefredakteur der „Post“ eine Reise in das Großhändlerrevier des Westens unternommen hat, um einen Garantiefonds zusammenzubringen.
5. Es ist unvahr, daß die Veräußerung des von Herrn Bartling in die „Nationalzeitung“ hineingeflossenen Kapitals von etwa 600,000 Mark (auch diese Zahl ist unrichtig, es sind mehr als 700,000 Mark) durch den Garantiefonds fiktiv gestellt sei, und daß hiermit zugleich die „Nationalzeitung“ endgültig der Zeitung des Chefredakteurs der „Post“ inkorporiert werde. Es werden keinerlei Zinsen an Herrn Bartling, der im Gegenteil seine Pfllichtigkeit auch noch weiter betätigt wird, gezahlt, und wie schon oben bemerkt, kam von einer Inkorporation der durchaus in ihrer Selbständigkeit bestehenden „Nationalzeitung“ an den Leiter der „Post“ keine Rede sein.
Berlin, 20. Mai 1908.

Dr. Wilhelm Kronsbain.

Wir müssen offen bekennen: Das „Unvahr“ imvahr ist wohl der Jnord der Lebung — aber es braucht niemanden zu erschrecken. Herr Dr. Kronsbain macht nicht einmal den Versuch, sich uns gegenüber als Bevollmächtigter des Herrn Bartling zu legitimieren, der be-rechtigt wäre, namens des Herrn Bartling Erklärungen abzugeben. Schon dadurch reduziert sich das, was in dem Schriftstück des Herrn Kronsbain als „Verichtigung“ im Sinne des Verleumdungsgesetzes anzuerkennen ist, sehr erheblich. Wenn im übrigen Herr Bartling seine „Pfllichtigkeit“ einer „National-Zeitung“ zuteil werden lassen will, die nach Herrn Kronsbain's Behauptungen bleiben soll, was sie ist, wozu denn dann die Verhandlungen mit dem Chefredakteur der „freikonservativen“ „Post“ — der sich in seiner „Verichtigung“ als „Schlichter“ des Herrn Bartling und der „National-Zeitung“ auftritt? Wozu denn dann erst diejenigen Schritte des Herrn Bartling, die den bisherigen

Redakteuren der „National-Zeitung“ die Erklärung ab-geliefert haben, daß sie die Unterstellung der Zeitung unter Herrn Kronsbain nicht mitmachen würden? Das Vorliegen einer solchen Erklärung, der sprinende Punkt in unseren gestrigen Mitteilungen, wird denn auch von der „Verichtigung“ des Herrn Kronsbain nicht in Erwede gestellt. Warum schweigt sich Herr Bartling aus, der doch der in die Höhe sagt, er „berichtiget“, wenn er etwas zu be-richtigen hat?

Ein Protest gegen das Wahlbündnis im Barnimer Kreise.

In den Fürstentum-Sälen, Rosenkalerstraße nahe gestern eine Protestversammlung von freisinnigen Wählern des Landtagswahl-terres Ober- und Niederbarnim, um wahlmässige Stellung zu nehmen gegen das unter Billigung der Zimmerfahrer zustande ge-kommene Wahlbündnis der freisinnigen Volkspartei mit den konservativen. Herr Lehrer Sangert berichtete, daß die in der letzten Protestversammlung angenommene Resolution auf die Wähler des Kom-promisses im freisinnigen Wahlverein für Niederbarnim keinen Einbruch gemacht habe. Man habe dort die Kandidatur Dr. Schupp's und zweier Konservativen ruhig bestehen lassen, obwohl diese Kandidatur in einer geschäftsbearbeitungswürdigen Ein-berathung der Freisinnigen am 17. d. M. in Erwede zur Sprache ge-stellt worden sei. Unter den Wählern des Kreises wachte die Er-bitterung über dieses schmachvolle Bündnis immer mehr, und es sei ganz ausgeschlossen, daß wirklich entscheidende Bismarck den Kom-promisskandidaten ihre Stimme geben könnten. Um diesen Wählern die Möglichkeit zur Wahlbeteiligung zu geben, sei es notwendig daß von den entscheidenden Bismarck eigenen Kandidaten angefragt werden. Kronsbain'sche Resolutionen wurden in Erwede zur Sprache ge-bracht auf einen Sieg dieser Kandidaten zu rechnen sei, so wüßte ihre Auffstellung doch als der beste Protest gegen den Mandatstascher der Parteileitung im Kreise betrachtet werden.

Herr v. Gerlach zweifelte an der Möglichkeit, jeht noch Kandidaten zu finden. Es empfahl sich aber, besondere demofratifche Wahl-männer im Kreise aufzusuchen, denen man ihre Entscheidung selbst überlassen konnte. Kronsbain mußte in allen höheren Orten des Kreises mit Protestveranstaltungen vorgegangen werden.

Von den meisten übrigen Rednern wurde dagegen die Notwendigkeit betont, durch die Auffstellung eigener Kandidaten den Wählern gleich zu zeigen, wozu die Kreise gehen. Strittig war in der Diskus-sion die Frage, ob es sich empfehle, durch Massenaustritt aus dem freisinnigen Wahlbündnis für Niederbarnim gegen das Vorgehen der Konservativen zu protestieren. Herr Kuffert wurde von mehreren Rednern entgegengesetzt, die große Mehrheit des Wahlver-bandes lege nicht auf dem Standpunkt des Dr. Schupp mit seinem Wahlkompromiss. Die entscheidenden Demofraten hätten also gar keinen Anlaß, Dr. Schupp durch ihren Austritt zu erleuzen. Sie müßten sich viel-mehr bemühen, Dr. Schupp und seine Helfer bei dem Kompromiss mit der Vereinstellung zu entfernen. Dazu sei die Möglichkeit durch das Bündnis gegeben, wozu dreißig Mitglieder der Entscheidung einer außerordentlichen Generalversammlung verlangen können. Auf Antrag von Dr. Weis wurde sofort ein Schreiben an den Vorstand abgefaßt, in dem um die Einberufung einer außer-ordentlichen Generalversammlung ersucht wird mit der Tagesord-nung: Mißbilligung des Wahlbündnisses mit dem Konservativen und Austritt aus dem freisinnigen Wahlbündnis. — Die Versammlung faßte hierauf folgende von Herrn Sangert vor-geschlagene Resolution:

Die heutige Protestversammlung freisinniger Wähler aus Ober- und Niederbarnim beschließt, den Kampf gegen das konservativ-freisinnige Wahlbündnis mit aller Entschiedenheit durch Protest-versammlungen und durch die Auffstellung eigener Wahlmänner anzubahnen.

Zur Kandidatenfrage wurde schließlich folgender Antrag des Herrn Sangert angenommen: Die Verammlung freisinniger Wähler aus Nieder- und Oberbarnim beschließt, den früheren Oberk Herr Gölde in Etschaffen, Herrn Dr. Blante in Frederdorf und Herrn Lehrer Sangert in Hermsdorf eine Kandidatur für den Landtag anzubieten.

Aus der Debatte waren noch recht interezante Mitteilungen des Herrn Gölde über die enge Verbändigung der frei-sinnigen Parteileitung des Kreises mit dem Konservativen. Dr. Schupp, der sich den freisinnigen Wahlvereinskommissionen in Potsdam noch nicht zur Verfügung gestellt habe, werde sich den Potsdamer Wählern in einer Verammlung des konservativen Vereins in Potsdam vorstellen, so daß es für die freisinnigen un-möglich sei, ihn vor der Öffentlichkeit wegen des Kompromisses zur Rechenschaft zu ziehen. Der Potsdamer liberale Verein habe fast einstimmig den Kompromiss seine Zustimmung verweigert, ebenso wie die Vereine in den meisten anderen Orten des Kreises.

In den nächsten Tagen werden in den einzelnen Orten des Kreises öffentliche Protestversammlungen gegen das Kompromiss veranfaßt werden.

Der liberale Terrorismus.

der den in Graz und Innsbruck verhalten Studenten-anschießungen zugrunde liegt, wurde in einer gestern abend in Wien abgehaltenen Volksversammlung der deutsch-freieit-lichen Parteien des österreichischen Abgeordneten-hauses klar verurteilt. An der Verammlung nahmen auch die Minister Dr. Verzhalt, Dr. Werschetz und Pöschel teil. Das längere Reden wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Ent-richtung der Parteien über den von den liberalen Ab-geordneten veranfaßten Einbruch in die Organe Univerfität sowie über die Gewalttätigkeiten der liberalen Studenten in Inns-bruck ausgesprochen wird. In der Resolution heißt es weiter: Die Verammlung setzt volles Vertrauen in den Unterrichtsminister, daß er die Freiheit der Wissenschaften schützen und den Geiz-Regierung verschaffen wird. Den Professoren der Hochschule wird für die Freiheit der Wissenschaften und unbedenkliches Vorgehen zur Wahrung der Rechte und Freiheiten der Hochschulen der höchste Dank ausgesprochen.